

Kirche, die ihren Mitgliedern die Zusammenarbeit mit dem Institut verboten hatte. Die farbige Missionskirche der Niederländisch-Reformierten Kirche dagegen hatte die Mitarbeit ihrer Mitglieder im Institut toleriert. Erzbischof *Joseph Fitzgerald* von Johannesburg ließ in allen Kirchen seiner Diözese einen Brief verlesen, in dem er u. a. erklärte, er fühle sich als ihr Bischof verpflichtet, die Gläubigen seiner Diözese wissen zu lassen, daß er gegen die willkürliche Inhaftierung und Ächtung von Personen ohne Gerichtsverfahren protestiere und den Geächteten und Inhaftierten sowie ihren Familien seine Anteilnahme und Solidarität entgegenbringe. Die Unterdrückung der schwarzen Presse klinge „wie eine Totenglocke der Freiheit der Meinungsäußerung und des Dialogs“ in Südafrika, wobei selbst der unvoreingenommenste Beobachter sehen könne, daß dies alles zu politischem Selbstmord führe. Gleichzeitig warnte er aber auch davor, nun versucht zu sein, es aufzugeben, mit friedlichen Mitteln eine Änderung herbeiführen zu wollen. Dieser Versuchung nachzugeben wäre eine Katastrophe für alle Menschen in Südafrika. Der einzige Weg sei der des christlichen Friedens, noch sei nicht alle Hoffnung verloren: „Wir müssen einander Hoffnung machen und zusammenstehen in einer gemeinsamen Anstrengung, um eine lebendige

christliche Gemeinschaft des Friedens in Südafrika aufzubauen. In diesem Licht betrachtet, besteht die Möglichkeit, daß die gegenwärtigen Ereignisse zu einem Katalysator für uns werden, der uns enger zusammenschließen könnte“ (DIA, 5. 11. 77). Der Ständige Rat der Südafrikanischen Bischofskonferenz erwähnte diese Feststellungen in seiner Erklärung vom 8. November. Dort heißt es u. a., die Bischöfe fühlten sich wieder einmal gedrängt, „in einem Moment der nationalen Krise das Wort zu erheben“. Eine große Anzahl von Menschen, darunter viele Katholiken, beklagten sich darüber, daß die Erklärungen der Bischöfe sich zu wenig mit religiösen Anliegen befaßten oder daß sie einseitig seien. Diesem Vorwurf begegnen die Bischöfe mit der Antwort, ihre Schreiben mögen solchen Menschen einseitig erscheinen, „die vielleicht auch ohne ihr Verschulden die andere Seite niemals kennengelernt haben“. Wer meine, dies habe mit religiösen Dingen nichts zu tun, der sollte daran erinnert werden, daß christliche Liebe und Gerechtigkeit in allen menschlichen Belangen ihren Ort haben, den Lebensunterhalt, das Eigentum und die Politik eingeschlossen. Das eigentliche Problem der Bischöfe sei ein pastorales, nämlich „daß Politik durch die geistigen Werte der frohen Botschaft inspiriert sein möchte, so daß die Menschen in Frieden und Sicher-

heit leben können, und daß alle Gewalt ausgeschaltet werden könne, sowohl die Gewalt der Unterdrückung als auch die Gegengewalt bürgerlichen Unfriedens und Revolution“.

Klar unterstrichen die Bischöfe, daß sie eine Auffassung von Gesetz und Ordnung nicht annehmen können, die so vernichtend mit den menschlichen Rechten und Freiheiten umgeht, wie dies in den vergangenen Wochen der Fall gewesen sei. Einen besonderen Passus widmen sie sodann der Angelegenheit der Staatsangehörigkeit in den unabhängig gewordenen „Homelands“. Abschließend heißt es dann: „Noch einmal setzen wir uns für die Anerkennung der geschichtlichen Feststellung ein: eine Lage, wie sie jetzt in Südafrika besteht, ist unerträglich für Männer und Frauen von Geist und Selbstachtung. Wir appellieren noch einmal an die christlichen Grundhaltungen, welche unsere Führer in Ehren zu halten vorgeben, Grundhaltungen, die nicht nur im persönlichen und familiären Leben nach Durchführung verlangen, sondern auch in sozialen und politischen Angelegenheiten.“

Schon kurz nach Bekanntwerden dieses Schreibens kam es zu weiteren Verhaftungen, diesmal ausschließlich in katholischen Kreisen. Mehrere Priester, die sich an Demonstrationen beteiligt hatten, wurden festgenommen. N. S.

Brennpunkte

Eine befreiende Pastoral für Lateinamerika?

Zur jüngsten Auseinandersetzung um Adveniat

In der öffentlich geführten Auseinandersetzung um das von 12 katholischen und evangelischen Theologen verfaßte „*Memorandum*“ zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung“ (vgl. Wortlaut in KNA, 24. 11. 77) zeichnen sich nach dem ersten hitzigen Streit Ansätze für eine sachlichere Erörterung der theologischen Frage wie

auch des kirchenpolitischen Disputs um das bischöfliche Hilfswerk für Lateinamerika „*Adveniat*“ ab. Damit böte sich die Chance, von dem in der Sache angreifbaren Memorandum samt seinem unglücklichen Publikationstermin und den zahlreichen, nicht immer überzeugenden Entgegnungen der anderen Seite doch letztlich zu einem kon-

struktiven Beitrag mit positiven Auswirkungen für die deutsche wie für die lateinamerikanischen Ortskirchen zu finden.

Ansätze zur Einsicht

Die Verfasser des Memorandums, darunter die Professoren *Karl Rahner*, *Johann B. Metz* und *Norbert Greina-cher*, mußten sich sagen lassen, daß es angesichts sehr unterschiedlicher Strömungen unzulässig sei, von der lateinamerikanischen „Theologie der Befreiung“ als einer einheitlichen theologischen Richtung zu sprechen, eine Erkenntnis, die sich auch in Äußerungen der Spitze des betroffenen Hilfswerks erst relativ spät niederschlug. Zu den massiven Angriffen des Memorandums, die nach späteren Aussagen und einer zweiten *öffentlichen Stellungnahme* der Erstunterzeichner (vgl. KNA, 14. 12. 77) von Mitunterzeichnern mehr gegen einzelne Personen und vor allem gegen den „Studienkreis Kirche und Befreiung“ als gegen die Institution Adveniat gerichtet waren, sagte der Adveniat-Vorsitzende, Bischof *Franz Hengsbach*, im Dezember vor der Presse in Bonn, es gebe durchaus eine Theologie der Befreiung, der auch er als Mitbegründer des im Memorandum kritisierten Studienkreises „Kirche und Befreiung“ zustimme, nämlich diejenige Richtung, die Befreiung im Sinne des päpstlichen Lehrschreibens „*Evangelii nuntiandi*“ verstehe. Diese Äußerung geht eindeutig über frühere Ausführungen des Essener Bischofs zum Thema hinaus.

In diesem Zusammenhang verdient auch eine Bemerkung Bischof Hengsbachs im ZDF Beachtung, er sei bereit, seine Funktion in dem aus konservativen Theologen bestehenden Studienkreis zu überdenken, wenn dies für Adveniat von Vorteil wäre. Daß die Doppelfunktion Bischof Hengsbach nicht nur bei den Verfassern des Memorandums auf Bedenken stößt, macht eine Stellungnahme des Münsteraner Professors *Peter Hünermann* ebenfalls im ZDF deutlich. Er gebe seinen Kollegen insofern recht, als das Hilfswerk der deutschen Katholiken für alle in der Pastoral tätigen kirchlichen Gruppen in Lateinamerika da sei, ein Studienkreis dagegen einseitig sein dürfe. Als Mitglied des Kuratoriums „Stipendienwerk Lateinamerika-Deutschland“ hatte Hünermann in seiner von vier weiteren Mitgliedern mitunterzeichneten Entgegnung auf das Memorandum Bischof Hengsbach gebeten, „den Vertrauensschutz einer dem öffentlichen Argwohn so ausgesetzten Institution wie Adveniat durch größtmögliche Umsicht in Erklärungen und öffentlichen Gesten zu gewährleisten“ (Zit. nach KNA, 26. 11. 77).

Mit seiner Äußerung geht Bischof Hengsbach weiter als der lateinamerikanische Mitinitiator des Studienkreises, der Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, Bischof *López Trujillo*, der in einem Schreiben vom 30. November an Bischof Hengsbach den Studienkreis als ideologiefreien, allein auf der katholischen Soziallehre basierenden Kreis von Seelsorgern und angesehenen Professoren verschiedener Disziplinen darstellt. Daß dieser Studienkreis von deutscher Seite (die Professo-

ren *Weber*, *Rauscher*, *Bossle*) wie auch von lateinamerikanischer Seite mit Theologen und Nichttheologen einer bestimmten Couleur besetzt ist, hätte auch Weihbischof López nicht zu verschweigen brauchen, zumal er in seiner Kritik an dem Theologen-Memorandum durchaus schärfere und präzisere Töne anschlägt. Einem Tadel gleich kommt der Hinweis von Bischof López auf von CELAM geförderte Konferenzen mit den Hauptvertretern der verschiedenen Strömungen der Theologie der Befreiung, die „in herzlicher Atmosphäre und hochqualifizierter Sachlichkeit“ stattfanden, „die in dem Memorandum durch Abwesenheit glänzen“.

Unbehagen an den die pastoralen Entwicklungen in Lateinamerika „begleitenden“ europäischen Theologen und Theologengruppen empfinden dagegen lateinamerikanische Kirchenführer und Theologen, darunter auch Mitglieder der CELAM-Gremien, die den spezifisch lateinamerikanischen Beitrag zu einer pastoralen Theologie vorwiegend nur mit bestimmten Richtungen europäischer Theologie diskutieren möchten. Es erscheint jedoch fraglich, ob z. B. der kolumbianische Bischof *Castrillon* (Mitglied des Studienkreises „Kirche und Befreiung“) für seinen Vorschlag einer Kooperation „zwischen der soliden Theologie Europas und der seelsorglichen Lebendigkeit Lateinamerikas“ (KNA vom 5. 3. 76) eine solide Mehrheit bei seinen lateinamerikanischen Amtsbrüdern fände. Selbst das von der internationalen Theologenkommission unter Federführung von Karl Lehmann erarbeitete Dokument über die Theologie der Befreiung mit dem Titel „Zum Verhältnis zwischen menschlichem Wohl und christlichem Heil“ (vgl. Wortlaut in ds. Heft, S. 24–30) dürfte, nach ersten Reaktionen aus Lateinamerika zu urteilen, dort zwar inhaltlich auf Zustimmung stoßen, jedoch atmosphärisch als Fremdbeurteilung eher zurückhaltend aufgenommen werden.

Im Gegensatz zu den meisten begleitenden Stellungnahmen hat die *Erwiderung der Adveniat-Geschäftsstelle* auf das Theologen-Memorandum den Charakter einer sachlichen, unpolemisch abgefaßten Gegendarstellung. Ein trübes Licht auf die Fähigkeit zu innerkirchlicher Auseinandersetzung werfen jedoch Qualifikationen des Memorandums wie „... ein Musterbeispiel dafür, wie Theologie in wenigen Jahren politisch-demagogisch verkommen kann“ (Prof. Wilhelm Weber, Münster) und „Terror gegen Adveniat“, der Titel eines Beitrags auf Seite eins der „Münchener Katholischen Kirchenzeitung“ vom 4. Dezember 1977. Die verständliche Betroffenheit über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Theologen-Memorandums sollte seitens der Verfasser durch nachträglich durchsickernde Informationen gemildert werden, wonach die Publizierung eigentlich nicht gleichzeitig mit der Eröffnung der diesjährigen Adveniat-Aktion vorgesehen war, was auf Drängen einzelner Verfasser dann doch geschehen sei. Auch dieser Versuch der anderen Seite (Rahner: „Unsere Absicht war nicht, die Gebefreudigkeit der Katholiken gegenüber Adveniat herabzumindern“) läßt Zweifel an der Absicht, zumindest aber am kirchenpolitischen Geschick der Verfasser zurück.

Seelsorge – Pastoral am ganzen Menschen?

Überzeugender ist Rahners nachträglich verdeutlichte Motivation für die Unterzeichnung des Memorandums: „Das aber ist keine Sache eines bloßen Theologengezänkes, denn wenn lateinamerikanische Militärdiktaturen, die mit Brachialgewalt gegen ihre Gegner vorgehen und sich dort als christlich deklarieren, sich auf einen europäischen Konsens darüber berufen könnten, daß die Theologie der Befreiung zweifellos eine unchristliche Sache sei, dann wird dieser akademische Streit zu einer Sache, bei der es Theologen und Priestern drüben um Kopf und Kragen geht. Darum mußten wir reden“ (Zit. nach KNA, 9. 12. 77).

Hier allerdings stellt sich für deutsche Katholiken und ihr bischöfliches Hilfswerk die Frage, zu wem in solch repressiven Systemen, wie es sie im „getauften Kontinent“ Lateinamerika gibt, man hält. Der Streit um die unterstellte Verfälschung des deutschen Hilfswerks mit einem konservativ geprägten Studienkreis und die daraus resultierende einseitige Vergabepraxis bei Adveniat hat neben eher vordergründigen Erkenntnissen vielleicht auch eine strukturelle Schwäche offengelegt. Adveniat fördert in Lateinamerika ausschließlich seelsorgliche Projekte, eine in Abgrenzung etwa zu Misereor vertretbare oder sogar sinnvolle Beschränkung.

Als problematisch aber stellt sich die wachsende Diskrepanz zwischen dem dar, was die lateinamerikanische Kirche nach dem Zweiten Vatikanum und der Konferenz von Medellín unter Pastoral versteht, und den von Adveniat als förderungswürdig abgesteckten Seelsorgsbereichen. Der in die Vergabepraxis einschneidende, verengte Pastoralbegriff wird von der Leitung des Hilfswerks als notwendige Beschränkung gesehen, deren Ursache in den begrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln liege. Das heißt, es sollen möglichst alle im engeren Sinn pastoralen Projekte bezuschußt, ein wenn auch begrenzter Bereich voll abgedeckt werden. Pastorale Anliegen im weiteren Sinn werden an andere Institutionen, Stiftungen usw. verwiesen oder auch weitervermittelt. Dieses Konzept hat die Arbeit von Adveniat über 17 Jahre bestimmt und auf dem kontrastierenden Hintergrund des sich rasch wandelnden Kontinents ein Bild voller Details und beachtlicher Leistungen entstehen lassen, das aber den Charakter eines Ausschnitts trägt. Konkret stellt sich die Frage, ob Adveniat auch in Zukunft auf die Förderung von pastoralen Infrastrukturen (Gottesdienste, Katechese, Priesterausbildung usw.) konzentriert bleiben und auf den Versuch verzichten kann, mit demselben Evangelisierungsauftrag und denselben begrenzten Mitteln umfassender als bisher in die lateinamerikanischen Lebensverhältnisse hineinzuwirken.

Wenn sich die einheimische Kirche 1968 in Medellín verpflichtet hat, ihren Beitrag zur Befreiung des lateinamerikanischen Menschen aus Unterdrückung und Sünde zu leisten, also den ganzen Menschen in den Mittelpunkt ihrer Pastoral stellt, kann da die deutsche Kirche über

ihre partnerschaftlich konzipierte Hilfe weiter Seelsorge sauber von Bewußtseinsbildung und Sozialarbeit trennen, ohne die Distanz zum ohnehin ungleichen, empfangenden Partner zu vergrößern? Was spricht noch für die vorrangige Förderung solch enggefaßter pastoraler Projekte außer dem Kriterium einer möglichst kompletten Abdeckung eines bestimmten Feldes?

Auf dem Weg zu so grundsätzlichen Erwägungen ließe sich sicher auch der eine oder andere konkrete Ansatz zu Kurskorrekturen finden, wie sie aus einer Überprüfung der Geber-Haltung erwachsen können. Mancher Zweifel an der Vergabepraxis und mancher Vorwurf der Einseitigkeit zum Beispiel könnte mit einer größeren Transparenz der Essener Geschäftsstelle ausgeräumt werden. Bisher zeigte sich die Leitung des Hilfswerks in der Frage der Offenlegung der Bücher zurückhaltend; nach dem im Sommer 1977 erfolgten Wechsel in der Geschäftsführung zeichnet sich nicht nur in diesem Punkt eine wenn auch vorsichtige Öffnung ab.

Die in dem Memorandum der Theologen enthaltene Kritik an dem Vorsitzenden des Hilfswerks sollte in ihrer Bewertung auch auf dem Hintergrund der unter anderem durch die augenblickliche Altersstruktur bedingten Ämterverteilung innerhalb des deutschen Episkopats gesehen werden. Nicht wenige Kritiker fragen, ob im Fall des Essener Bischofs, der neben dem Adveniat-Vorsitz und seinem Amt als Militärbischof auch den Vorsitz in der neugeschaffenen, für die „Außenpolitik“ zuständigen Kommission für weltkirchliche Aufgaben führt, nicht eine zumutbare Grenze überschritten ist. Angesichts dieser zum Teil durch die Eigenart der Deutschen Bischofskonferenz begründeten Ämterhäufung hat es wenig Sinn, den Hinweis der Memorandumsautoren, ob es nicht im Sinne von mehr Glaubwürdigkeit für Adveniat wäre, wenn Bischof Hengsbach auf den Vorsitz verzichtete, in Bausch und Bogen zu verdammen. Die im Memorandum als „grotesk“ gekennzeichnete Verleihung des höchsten bolivianischen Ordens an Bischof Hengsbach wird diesem auch in anderen kirchlichen Kreisen jedoch persönlich angelastet. Daran ändert auch der Hinweis auf die Interessen der Bolivianischen Bischofskonferenz nicht allzuviel. Zwar ist in der Beurteilung, wie die Kirche unter einem Militärregime vom Stil Oberst Banzers zu leben und zu handeln hat, von außen Zurückhaltung geboten. Im Fall der Ordensverleihung ist aber zu fragen, ob die bolivianischen Bischöfe in dieser Weise die Initiative ergriffen hätten, wenn sie mit einer kompromißlosen Ablehnung durch den Adveniat-Vorsitzenden hätten rechnen müssen.

Die enge Bindung an die lateinamerikanischen Ortsbischöfe, wie sie zum Beispiel in der nur mit Billigung des lokalen Oberhirten erfolgenden Bezuschussung von Projekten zum Ausdruck kommt, hat sich in der vergangenen Jahren bewährt und bietet wohl auch künftig die größere Gewähr für eine sinnvolle Verwendung der deutschen Spendengelder. Trotzdem kann das von Adveniat angewandte Verfahren in der Praxis zu bedenklichen Konsequenzen führen. Eine davon ist, daß sich informelle kirchliche Gruppen, wenn sie hierarchieunabhängig ar-

beiten, selbst von jeder Förderung durch Adveniat ausschließen. Dies kann aber auch kirchliche Basisgemeinschaften in einem Bistum treffen, dessen Bischof den neuen Formen der Seelsorge skeptisch gegenübersteht, während Basisgemeinschaften im Nachbarbistum und anderen Ländern des Kontinents längst unterstützt werden, weil die Zustimmung ihres Ortsbischofs in Essen vorliegt.

Daraus ergibt sich theoretisch die Folgerung, daß Adveniat gerade in Diözesen mit konservativen, veränderungsfeindlichen Oberhirten nicht im Sinne der Pastoral des Lateinamerikanischen Bischofsrates fördern kann. Ist es bei aller Achtung vor der Autonomie der lokalen Kirchen vertretbar, daß zum Beispiel Keimzellen christlichen Gemeindelebens, wie sie Basisgemeinschaften vielfach dar-

stellen, nur in Bistümern mit aufgeschlossenen Bischöfen unterstützt werden? Sicher läßt sich über interinstitutionelle Kontakte manches unbürokratisch regeln, aber nährt sich der Verdacht der einseitigen Vergabepaxis nicht auch aus der strukturell festgeschriebenen Anbindung an den Ortsbischof? Vielleicht wäre die stärkere Einschaltung der jeweiligen nationalen Bischofskonferenz und des CELAM eine sinnvolle Ergänzung und akzeptables Korrektiv, das im Sinne des vielzitierten gegenseitigen Gebens und Nehmens auch auf die oben erwähnte Ausweitung des Pastoralbegriffs einwirken könnte. Die vom Adveniat-Geschäftsführer, Prälat *Emil Stehle*, für 1978 angekündigte „Nachbesprechung“ der Arbeit der letzten 17 Jahre mit den lateinamerikanischen Bischöfen wäre eine Gelegenheit für gemeinsame Überlegungen in dieser Richtung.

Gabriele Baums-Burchardt

Interview

Menschlichkeit und Religion

Ein Gespräch mit Golo Mann

Daß Humanität der Maßstab ist, an dem Entwicklungen der Vergangenheit ebenso wie der Gegenwart zu messen sind, ist weithin akzeptiert. Umstritten ist, woran sich dieser Maßstab selber orientiert, woher er seine Begründung und seine Zielvorstellungen nimmt. Gerade in den säkularisierten, von technischer Rationalität geprägten Gesellschaften ist dabei die Frage zentral, ob sich die Bewahrung von Menschlichkeit verbinden läßt mit der Abnabelung von den religiösen Überlieferungen. Ausgehend von aktuellen Problemen, sprachen wir darüber mit dem Historiker und Schriftsteller Prof. Golo Mann. Gesprächspartner war Hans Georg Koch.

HK: Herr Professor Mann, unsere Gegenwart – so sagt man – sei gekennzeichnet durch Ratlosigkeit, durch ein Weiterwursteln ohne größere Perspektiven, durch die Beschränkung aufs Technisch-Pragmatische und die Verdrängung der großen Fragen und großen Gefühle. Führt das vielbeschworene neue Suchen nach Sinn aus dieser Enge heraus, oder ist auf die Dauer mit einer Banalisierung aller unserer Vorstellungen vom Menschen und von der Geschichte zu rechnen?

Mann: Darauf kann ich Ihnen so wenig eine sichere Antwort geben wie irgend jemand. Ich glaube, daß der handelnde Mensch, der politische Mensch, der wissenschaftlich forschende Mensch, sich im Vergleich mit der jüngeren Vergangenheit, sagen wir dem Beginn unseres

Jahrhunderts, sehr wenig geändert hat. Weitergewurstelt hat man eigentlich immer, das hat man im 19. Jahrhundert auch. Man hat z. B. in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ungeheure industrielle Ballungszentren entstehen lassen, so im Rhein- und Ruhrgebiet, ohne zu fragen, was das bedeuten würde. Die Zukunft *geplant* hat man niemals bisher. Daß heute weitergewurstelt wird im *Gegensatz* zu früher, kann doch wohl nur heißen: früher konnte man sich das allenfalls leisten, wenn man es konnte, und heute kann man es nicht mehr, soll heißen: man steht vor Aufgaben qualitativ gänzlich neuer Art, die man wohl in den von Theoretikern geschriebenen Büchern als solche einigermaßen begriffen hat, ohne aber doch in der Praxis die Konsequenzen oder alle und gerade die ernstesten Konsequenzen zu ziehen.

HK: Offenbar gibt es politische Barrieren und auch Sachzwänge, die es verhindern, daß Planung als Zukunftsgestaltung in großem Maßstab überhaupt durchsetzbar wird ...

Mann: Sicher. Dem steht vor allem entgegen der im Kern doch wohl unveränderte Charakter der Menschen, der Bürger; dem stehen entgegen – sprechen wir es offen aus – auch und gerade unsere demokratischen und parlamentarischen Institutionen, deren Wert, deren Unvermeidlichkeit ich keineswegs bestreite. Mit dem alten Obrigkeitsstaat ist es vorbei – und der hat ja auch versagt, auch in